



Tagungsbericht

Integration im Dialog – Bestandsaufnahme und Ausblick

Nikolaus Zens

Tagung des Bayerische Sozialministeriums und
der Hanns-Seidel-Stiftung
am 28. Januar 2010
im Konferenzzentrum München

Datei eingestellt am 29. Januar 2010
unter www.hss.de/downloads/100128_TB_Integration.pdf

Empfohlene Zitierweise

Beim Zitieren empfehlen wir, hinter den Titel des Beitrags das Datum der Einstellung und nach der URL-Angabe das Datum Ihres letzten Besuchs dieser Online-Adresse anzugeben.

[Vorname Name: Titel. Untertitel (Datum der Einstellung).
In: <http://www.hss.de/...pdf> (Datum Ihres letzten Besuches).]

Mit dem Ziel die sprachliche, kulturelle und gesellschaftliche Integration von Menschen mit Migrationshintergrund zu unterstützen, wurde in Kooperation mit dem Bayerischen Sozialministerium im Jahr 2005 die Kampagne „Integration im Dialog“ gestartet. Deren jüngster Fachtag am 28.01.2010 diente der Bestandsaufnahme und Vernetzung der vielen Maßnahmen und Projekte, die sich seitdem auf unterschiedlichen Ebenen der Gesellschaft entwickeln konnten. Neben der Vorstellung besonders erfolgreicher Projekte der letzten fünf Jahre wurden Impulse und Ausblicke für künftige Vorhaben vermittelt.

In seinen Begrüßungsworten ging der Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung, Staatsminister a.D. Dr. h.c. mult. **Hans Zehetmair**, auf die Brisanz der Thematik ein und drückte seine besondere Freude über die Anwesenheit sowohl der Integrationsministerin, Christine Haderthauer, MdL, als auch des Integrationsbeauftragten der Bayerischen Staatsregierung, Martin Neumeyer, MdL, aus. Für weitere Informationen aus erster Hand konnten neben Monika Weigl, Vizepräsidentin der Regierung von Niederbayern und Dr. Siegfried Balleis, Oberbürgermeister der Stadt Erlangen, der Integrationsbeauftragte des Landkreises Günzburg, Meinrad Gackowski, gewonnen werden. Zehetmair unterstrich, dass „Integration im Dialog“ im Bewusstsein des jeweils eigenen Standpunktes geführt werden muss, um zu einem vertieften Verständnis von und für einander zu führen. Für die weitere Moderation der Tagung übergab er anschließend das Wort an Özlem Sarikaya. Diese moderiert unter anderem das erste interkulturelle Magazin Deutschlands beim Bayerischen Rundfunk.

Auch **Özlem Sarikaya** begrüßte die Anwesenden und freute sich auf einen konstruktiven Dialog über das gesellschaftliche Schlüsselthema, bevor sie das Pult der Staatsministerin überließ.

Staatsministerin **Christine Haderthauer**, MdL, drückte ihren Dank für die gelungene Kooperation ihres Ministeriums mit der Hanns-Seidel-Stiftung aus und leitete dann sofort über in medias res. Sie betonte, dass es sich bei Integration immer um Beziehungsarbeit, vergleichbar einer Partnerschaft oder Ehe handelt. Diese verlangt stets nach dem Engagement beider beteiligten Seiten um zufriedenstellende Ergebnisse zu erreichen.

In einem Überblick über die Entwicklung der Migration seit den frühen 50er Jahren betonte sie die Wandlung entscheidender Faktoren. So macht heute der Anteil der Gastarbeiter, deren Rückkehr ins Heimatland fest eingeplant sei, lediglich 13% der Menschen mit Migrationshintergrund aus. Vor allem für nachfolgende Generationen ist eine Rückkehr meist eher eine Frage des ob und weniger des wann.

Haderthauer unterstrich die herausragende Integrationsarbeit der Menschen in Bayern, die innerhalb der Bundesrepublik die besten Lebenschancen bietet. Trotzdem beenden auch heute noch 17,5% der Kinder mit Migrationshintergrund ihre schulische Laufbahn ohne einen Hauptschulabschluss.

Sprache und Bildung sind deshalb die zentralen Ansatzpunkte zur Steigerung der Integrationschancen. Diesbezüglich sind in der Vergangenheit Fehler gemacht worden, welche auch auf zu hohen Erwartungen an den Integrationswillen mancher Menschen beruhen. Die sich in der Folge entwickelnde Sprachverwirrung der Multi-Kulti-Bewegung führte zu einer Zementierung dieser Verweigerungshaltung.

Die neue Strategie fördert und fordert deshalb vor allem die Sprachqualifikation von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Haderthauer unterstrich, dass der Schlüssel zu den Kindern in der Integration und Bildung der Müt-

ter liegt. Somit stellt insbesondere die Überwindung überkommener Rollenbilder eine notwendige Voraussetzung für gelungene Integration dar.

Einer bewussten Entscheidung gegen die Integration aufgrund persönlicher Abneigungen gegen die neue Kultur muss deshalb entsprechend entgegengewirkt werden, um der Entwicklung von Parallelgesellschaften vorweg zu greifen.

Mit Bezug auf eine aktuelle Entwicklung eröffnete Herr **Martin Neumeyer**, MdL, seinen Beitrag. Die Schweizer Abstimmung über das Minarettverbot und deren emotionale Aufnahme überall in Europa war ein gesellschaftlicher Paukenschlag, auch wenn ihn selbst das Ergebnis nicht sonderlich überrascht habe. Eine nicht repräsentative Untersuchung hat gezeigt, dass auch in Bayern ein ähnliches Meinungsbild durchaus wahrscheinlich ist. Neumeyer selbst sprach sich zwar vehement gegen derartige Verbote aus, wies aber gleichzeitig darauf hin, dass nicht die Konfrontation der Meinungen wichtig ist, sondern die Förderung des Dialogs. Je früher dieser Dialog einsetzt, umso leichter sind die Ängste und Befürchtungen der Menschen auf beiden Seiten auszuräumen und ein konstruktives Miteinander möglich. Es ist deshalb die Aufgabe der Politik diesen Dialog zu suchen und zu befördern. Darüber hinaus müssen aber auch positive Integrationsbeispiele ihre Standpunkte öffentlich vertreten, um so Anreiz und Hilfestellung zur Integration zu bieten. Dieser Dialog muss mit jeder Ethnie individuell geführt werden.

Der Dialog erfordert weiter, dass die deutsche Gesellschaft sich auch ihrer Verantwortung und ihres Standpunktes bewusst wird, um Menschen mit Migrationshintergrund eine neue Heimat mit einem überzeugenden Wertegerüst anzubieten.

Dazu muss sich Integration jedoch von einem „elitären“ Projekt zu einer gesamtgesellschaftlichen Bewegung wandeln. Nur über diese Basisarbeit ist laut Neumeyer die flächendeckende Integration der Menschen mit Migrationshintergrund möglich. Der jüngst gegründete Integrationsrat des Freistaats setzt bei dieser flächendeckenden Bewegung auf die Mitarbeit junger und engagierter Menschen mit Migrationshintergrund.

Dr. **Siegfried Balleis**, Oberbürgermeister der Stadt Erlangen, postulierte das Potential der Menschen mit Migrationshintergrund als Bereicherung einer Gemeinschaft und mahnte zur Geduld gegenüber den Menschen mit Migrationshintergrund, vor allem im Bezug auf die Aufgabe von Teilen der heimatlichen Kultur. Mit Blick auf die Vergangenheit seiner Stadt und Verweis auf die Hugenotten gab Balleis zu bedenken, dass Internationalität und Interkulturalität immense Potentiale zur Bereicherung einer jeden demokratischen Zivilgesellschaft bieten.

19% der deutschen Gesamtbevölkerung weisen heute einen Migrationshintergrund auf. Von ihnen hätten zehn Prozent inzwischen die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen. In Erlangen machen Menschen mit Migrationshintergrund ca. ein Viertel der Gesamtbevölkerung aus.

Unterm anderem deshalb hat Balleis sich vehement dafür eingesetzt, dass Integration auf dem bayerischen Städtetag 2009 zur Chefsache erhoben wurde. Da Erlangen auf eine lange Zuwanderungsgeschichte zurückblickt, ist bereits 1974 ein Ausländerbeirat gegründet worden, der einen seiner Schwerpunkte auf die Sprachförderung seit jeher legt.

Die Entwicklung eines gesamtstädtischen Leitbilds auf Basis des strategischen Management Modells der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmangement (KGSt) konnte mit dessen einstimmiger Verabschiedung im Stadtrat im Juli 2009 erfolgreich abgeschlossen werden. Das Leitbild verwirklicht eine Integration aus der Basis, über die Stadtspitze bis in die Verwaltungsorgane. Dies gelingt vor allem über die intensive Einbindung von Vereinen und Organisationen in den Prozess.

Das Konzept des *Diversity Management* stellt in Erlangen zudem eine konsequente Erweiterung der Gleichstellungspolitik dar und bietet ein zusätzliches Modell zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, gerade auch im Verwaltungsapparat.

Einen Einblick in die Integrationsförderung einer Bezirksregierung bot **Monika Weinl**, Vizepräsidentin der Regierung von Niederbayern.

Integration versteht sie als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die vor Ort im täglichen Leben stattfindet und dort entsprechend gefördert werden muss. Deshalb werden auf Ebene der Bezirksregierungen keine eigenen Integrationsprojekte gepflegt. Vielmehr versteht man sich hier in einer Bündelungs- und Koordinationsfunktion fremd und selbst induzierter Projekte (Städtebauförderung, etc.).

Unter dem Motto „Es kommt aufs Können an, die Herkunft ist egal.“ stehen neben der Förderung von Integrationsangeboten auch zur Integration motivierende Projekte im Fokus der Regierung. Im Folgenden vermittelte Weinl den Anwesenden einen breiten Überblick über die unterstützten Projekte in Straubing und weiteren Städten und Gemeinden.

Auch die Medienresonanz für die Ereignisse hat sich im Laufe der Zeit sehr positiv entwickelt, was über die kontinuierliche Einbindung der Medien gefördert wurde und wird.

Sprachliche Frühförderung ist eines der vielen positiven Beispiele für die Überwindung von Integrationshindernissen. Weinl machte deutlich, dass je nach Herkunft und auch Kultur individuelle Schwierigkeiten zu meistern sind.

Die 2009 erstmals von der Staatsregierung zur Verfügung gestellten Mittel wurden zur Auszeichnung einzelner Projekten aufgewandt, um sie auf direktem Wege in den Prozess einzuspeisen.

Ein weiteres Mittel ist die Einrichtung einer Projektbörse im Internet auf der sich Projekte selbstständig registrieren können, um somit Informationen sowohl zur projektübergreifenden Vernetzung als auch für interessierte Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung zu stellen.

Auf den Punkt gebracht bestehen die Aufgaben der Regierung Niederbayerns bezüglich der Integration vor allem in der Vernetzung, der Vermittlung öffentlicher Anerkennung und gelegentlich auch der finanzielle Unterstützung von Projekten.

Seinen Vortrag über die Ansätze und Möglichkeiten der Integration im ländlichen Raum eröffnete **Meinrad Gackowski** mit einem Überblick über die statistischen Fakten. Demnach weisen knapp 20% der Einwohner des Landkreises Günzburg einen Migrationshintergrund auf. Auch hier stützt sich die Arbeit auf den Gender Ansatz, der die geschlechterspezifische Integration in den Mittelpunkt rückt. Das Vorgehen ist dabei primär durch die Arbeit in lokal begrenzten Einzelprojekten geprägt.

Integration birgt gerade im ländlichen Raum jedoch eine doppelte Herausforderung, so Gackowski. Zum einen fallen Migrantenfamilien dort wesentlich stärker auf, als es in den anonymen Großstädten der Fall ist. Seine Arbeit konzentriert sich deshalb auf die Teilhabe und Teilnahme der Migrantenfamilien als Brückenschlag zu den Menschen und Kulturen. Darüberhinaus stellt aber auch die Mitnahme der deutschen Bevölkerung eine essentielle Herausforderung dar, gerade aufgrund verstärkter Ressentiments im ländlichen Raum.

Am Anschluss an den Vortrag von Herrn Gackowski war es Teilnehmern aus dem Publikum möglich, Fragen an ihn, Frau Weinl sowie Dr. Balleis zu stellen.

Die erste Frage bezog sich auf die finanziellen Lasten für die Sozialsysteme, die sich aus der Zuwanderung vor allem wirtschaftlich schwacher Menschen ergeben. Herr Balleis antwortete diesbezüglich, dass es ein ausdrückliches Ziel der Integrationspolitik sein muss, schlechter ausgebildete Migranten und deren Nach-

kommen durch proaktive Bildung und Arbeitsvermittlung zu neuen Trägern der sozialen Systeme aufzubauen.

Eine zweite Frage bezog sich auf die Schwierigkeiten, die es Menschen mit Migrationshintergrund (vor allem Muslimen) erschweren, ein Heimatgefühl in Deutschland zu entwickeln und welche Maßnahme diesbezüglich ergriffen werden können.

Herr Gackowski erklärte, dass über gezielte Projekte wie interkulturelle Straßenfeste, Kulturfestivals oder etwa einen Tag der offenen Moschee am dritten Oktober versucht wird, eine Verbindung zwischen den Menschen unterschiedlichster Herkunft herzustellen und so heimatliche Gefühle zu induzieren. Es sei jedoch für alle Parteien bisweilen schwierig, sich auf die kulturelle Öffnung einzulassen.

Herr Balleis verwies nochmals auf seinen Appell, die verschiedenen Kulturen nicht als Bedrohung sondern vielmehr als Bereicherung einer Zivilgesellschaft zu verstehen. Gleichzeitig unterstich er die Bemühungen des Verfassungsschutzes, verfassungsfeindliche Umtriebe strikt zu verfolgen. Dies gilt für Verstöße von ausländischer wie deutscher Seite. Er appellierte, sich auf diese Institutionen zu verlassen, ehe Ressentiments auf Verdacht geschürt werden. Abschließend sprach er sich für Gottesdienste in nicht deutscher Sprache aus, betonte jedoch, dass er muslimischen Religionsunterricht an Schulen ausschließlich in deutscher Sprache unterstützt (Erlanger Modell).

Eine weitere Frage an Herrn Balleis zielte auf die Vergabe doppelter Staatsbürgerschaften, vor allem im Bezug auf die Türkei ab.

Herr Balleis erklärte, dass es sich bei Fällen doppelter Staatsbürgerschaft lediglich um Altfälle handele, die vor dem Jahr 2000 entstanden seien. Seitdem sei es eine Voraussetzung zur Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft, die türkische Staatsbürgerschaft aufzugeben.

Abschließend bat Frau Sarikaya Frau Weini um die Beschreibung einer Vision für die Zukunft der Integrationsdebatte. Frau Weini sprach die Hoffnung aus, dass polarisierende Diskussionen künftig durch ein verständnisvolles Miteinander der Menschen unterschiedlichster Herkunft überflüssig werden.